

x Bündner Zeitung	40.083	x FL Vaterland	9.765
x Bündner Tagblatt	12.111	x FL Volksblatt	7.099
x Glarner Nachrichten	9.844		
x Gasterländer/Seepresse	6.050		
x Höfner Volksblatt	5.396		
x March Anzeiger	7.168		
x Bote der Urschweiz	14.567		
x Sarganserländer	11.232		
x Werdenberger & Oberto	10.305		

«Es brodelt unter der Oberfläche»

Die geplante Aufhebung des Schächtverbots führt zu ungewöhnlichen Koalitionen

Die Frage um die Aufhebung des Schächtverbots wird zu einer Frage um Grundwerte. Der Bundesrat fordert die Lockerung des Verbots – zu Gunsten religiöser Gemeinschaften. Tierschützer wollen das Schächten weiter verbieten. Ungewöhnliche politische Verbindungen zeichnen sich ab.

● VON LARISSA BIELER, BERN

Es ist die Idee des Bundesrats. Er will das Schächtverbot lockern. Zu Gunsten religiöser Gemeinschaften, denen der Verzehr rituell geschlachteten Fleisches vorgeschrieben ist. Wer heute in der Schweiz ein Tier schlachtet, muss es vorher betäuben. Beim Schächten ist dies nicht der Fall. Rindern und Schafen, aber auch Ziegen und Geflügel wird ohne Betäubung der Hals bis zur Wirbelsäule durchgetrennt. «Das Schächtverbot wird rechtswissenschaftlich als unverhältnismässige Beschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit eingestuft», erklärte der Bundesrat, als er letzten Herbst seinen Entwurf zur Re-

vision des Tierschutzgesetzes vorlegte.

Nach Ablauf des Vernehmlassungsverfahrens zeichnet sich jetzt aber ab: Die rechtliche Einhelligkeit vermag nicht zu überzeugen – die Schächtfrage spaltet die politische Öffentlichkeit und bringt ungewöhnliche Koalitionen an den Tag. Eine grosse Mehrheit spricht sich für die Beibehaltung des Verbots aus. Von den 26 Kantonen sind einzig Zürich und Basel-Stadt für die Aufhebung. St. Gallen nimmt keine Stellung, die übrigen Kantone wollen nichts wissen vom Schächten. Neben dem Schweizer Tierschutz (STS), der bereits eine Initiative aufgelegt hat, sind auch Tierärzte, Bauern, Metzger und Konsumentenverbände dagegen.

SP im rassistischen Eckchen?

Ein heikles Feld, eine komplizierte Problematik, delikater: Ob pro oder kontra, zumindest sind sich die Parteien einig, dass das Thema mehr als nur eine Frage des Rechts ist. Sie tangiert Grundwerte, die über den gewöhnlichen Polit-Alltag hinausgehen. Was wiegt mehr? Die Religionsfreiheit und damit die Menschenrechte oder der Tierschutz? Und die Frage hat ungewöhnliche politische Verbindungen



Wie soll ein Tier sterben? Bei der Frage ums Schächten wird nach einer für alle akzeptablen Lösung gesucht.

Bild: Keystone

hervorgebracht: Die Grünen sitzen zusammen mit der SVP, CVP und den Liberalen in einem Boot und befürworten das Schächten. Während sich die SP mit CSP, EVP, den Schweizer Demokraten und der Jungen SVP für den Tierschutz aussprechen. Doch die Parteien haben es sich nicht einfach gemacht. «Die Problematik wurde intensiv und tief diskutiert», sagt Urs-Peter Müller vom Bundesamt für Veterinärwesen (Bvet), wo die Fäden der Gesetzesrevision zusammenlaufen.

Inzwischen ist in der Öffentlichkeit eine heftige Diskussion entbrannt, die Gefahr des Antisemitismus lauert. Vertreter jüdischer Kreise werten das Schächtverbot als direkten Angriff auf ihren Glauben. Die SP in der rassistischen Ecke? «Völlig absurd», kommentiert SP-Sprecher Jean-Philippe Jeannerat auf Anfrage. Es gehe nicht an, dass die Sache derart vermischt werde und man gleich als Rassist abgestempelt werde. Dennoch hat Jeannerat gewisses Verständnis für die emotionalen Äusserungen. «Hier geht es um tiefe Überzeugungen, oft eine Privatsache, die jetzt plötzlich zur öf-

fentlichen Diskussion wird.» Umso wichtiger sei deshalb, trotz der verhärteten Fronten, einen kreativen Kompromiss zu finden. Wie dieser aussehen könnte, weiss Jeannerat allerdings nicht. «Noch kann niemand sagen: Ich habe die Lösung.» Deshalb müsse das Thema auch so schnell wie möglich angegangen und intensiv diskutiert werden.

FDP will ganz anderen Weg

Weder Ja noch Nein zum Schächten sagt die FDP. «Wir haben uns inhaltlich nicht geäussert», bestätigt FDP-Sprecherin Barbara Perriard. Vielmehr wollte der Freisinn das Thema nicht im Zusammenhang mit der Tierschutzgesetz-Revision behandeln, sondern auf Verordnungsebene bringen. Ein elegantes Manöver, um sich der Sache nicht zu stellen? «Im Gegenteil», so Perriard. Man hätte lange diskutiert und sei mit dem Status quo alles andere als zufrieden: Die Schweiz wasche ihre Hände in Unschuld, indem sie das Schächten verbiete und andern überlasse, den Import aber to-

leriere. Doch auch die FDP hat kein Rezept. Vielmehr hatte sie sich auf Verordnungsebene eine sachliche Diskussion erhofft. «Doch jetzt ist genau das passiert, was wir verhindern wollten.» Es fände kein politischer Dialog statt. Vielmehr beginne es unter der Oberfläche zu brodeln.

1893 eingeführt

Die derzeitige Diskussion ist eigentlich nichts Neues. Bereits 1893, als das Schächtverbot per Volksinitiative – die erste überhaupt in der Schweiz – eingeführt wurde, beschäftigten die Eidgenossen ähnliche Fragen. «Damals hat der Tierschutzgedanke Oberhand gewonnen», erklärt Müller. Obwohl Bundesrat und Parlament das Schächten im Namen der Religionsfreiheit erlaubt lassen wollten. Auch antisemitische Töne habe es damals gegeben.

Die EU hat 1993 Richtlinien eingeführt, wonach religiösen Minderheiten das Schächten grundsätzlich erlaubt werden soll. Allerdings variieren die gesetzlichen Grundlagen in den verschiedenen Mitgliedstaaten.